

# Deutscher Verkehrsbund

Zentralorgan für die Interessen der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäft. Lohn- und Gehaltsempfänger

Nr. 6

Er. scheint alle 14 Tage.  
Bezugspreis vierteljährlich 150 Goldpfennige.  
Einzelnummer 30 Goldpfennige.

Berlin, den 21. März 1925

Redaktion u. Exped.: Deutscher Verkehrsbund, Mühlenstraße 1,  
Fernsprech-Anschluß: Amt Moritzplatz, Nr. 293 u. 118-4.  
Redaktionsfrist 8 Tage vor Erscheinen des Blattes.

3. Jahrg.

## Friedrich Ebert

Es ist schwer zu sagen, ob alle Arbeiter, alle Werttätigen begriffen haben, was der Name Fritz Ebert für ihre Klasse bedeutete und bedeutet. Mit Ebert erreichte zum erstenmal ein Arbeiter den Platz, der hoch über alle anderen hinausragt und den vorher noch niemals in Deutschland ein Mensch dank eigener Fähigkeit und Verdienste errang, sondern für den er „gehoren“ wurde, für den er angeblich von „Gottes Gnaden“ bestimmt war, bevor er das deutsche Licht der Welt erblickte. Zum erstenmal stellte die Mehrheit des deutschen Volks in Ebert einen Mann eigener Wahl an die Spitze des Staates, und da dieser Mann ein Arbeiter war, bedeutete die Wahl die Anerkennung des Anspruchs der Arbeiterklasse, die Welt dereinst nach ihrem Willen und Ideal zu formen. Die Mächte, die sich schließlich vor der schlichten und darum bezwingenden Größe Eberts beugten, machten ihre Reverenz dem Volk, dem arbeitenden Volk, dem Ebert entsprossen und dessen treuester Sohn er zu allen Zeiten seines Lebens war und blieb. Die Arbeiterklasse wie die Menschheit überhaupt leiden nicht an einem Ueberfluß großer Männer. Männer von jenem Schlage wie sie die politischen Schwierigkeiten aller Staaten heute fordern. Deshalb ist der Verlust dieses Mannes ein Schlag für alle Menschen, die ein Zusammenleben der Nationen, nicht ein neiderfülltes Neben- oder Gegen-einanderleben wünschen.

Aber uns war Fritz Ebert noch mehr.

Uns war er der Repräsentant der Arbeiterklasse, uns war er vor allem der große Wortkämpfer. Als armer Handwerksbursche zog er einst aus — leer der Geldbeutel, aber voll heißer Liebe das Herz, für alle, die auf der Schattenseite des Lebens unter der Willkür und dem Druck des graufamen Kapitalismus litten. Er erkannte auch sehr bald den Weg, der allein die ungeheure Mehrheit des Volks aus dem Elend herausführen kann. In der Sozialdemokratischen Partei und in der freien Gewerkschaftsbewegung stellte er seinen Leidensgenossen seine Arbeitskraft zur Verfügung. Mit nimmer rastender Energie an sich selbst und für seine Leidensgenossen arbeitend, durchlief er die verschiedenen Stationen der Arbeiterbewegung von unten auf, bis er schließlich den Platz einnahm, den der Tod unseres unvergesslichen Führers August Bebel freigemacht hatte. Die verschiedenen Funktionen, die Ebert im Laufe der Jahre ausgeübt hatte, bildeten nicht nur sein Talent, sondern auch seinen Charakter. Selten ist ein Politiker seinem Charakter so treu geblieben wie dieser Mann: Arbeitersekretär, Redakteur, Parteivorstand und Reichspräsident, immer der Mann, der von unten kam und für seine Klasse aus dem Dunkel ans Licht strebte, immer ihre Führung in der Weltanschauung anstrebte, weil sie ihr nach Verdienst zukommt.

Als der Krieg ausbrach, wurde Ebert der Testamentsvollstrecker seines Vorgängers. Wie Bebel einst in öffentlicher Reichstagsitzung, ohne in der Partei Widerspruch zu finden, erklärte, daß er trotz seines Alters bereit sei, die Platte auf den Buckel zu nehmen, sobald Deutschland angegriffen werden würde, so stand Ebert während der ganzen Kriegsjahre fest zur Vaterlandsverteidigung und er ließ sich von dieser Linie durch die ständig wachsende Opposition in der Partei auch nicht abdrängen. Ebert hatte wie wenige die Wahrheit begriffen, daß eine Befreiung der Arbeiterklasse unter einer Fremdherr-

schaft unmöglich ist. Jede Fremdherrschaft züchtet den Nationalismus und entfremdet Millionen Arbeiter ihrer natürlichen Aufgabe, den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. Es ist noch sehr die Frage, sagte Bebel auf dem Stuttgarter internationalen Kongress, wem das Vaterland gehört, den Armen, die es aufbauen oder den Reichen, die es ausbeuten. Für Ebert und seine Mitarbeiter war es keine Frage mehr. Er wußte, daß Deutschland in erster Linie seinen getreuesten Söhnen, den Werktätigen gehörte, und alle, die die Dreckschleusen nationalstiftlicher Verleumdungslust gegen



unseren teuren Führer öffneten, sie alle sind nicht wert, dem Deutschen und Sozialdemokraten Ebert die Schuhschrauben zu lösen. Den nationalstiftlichen Anwürfen gegen Ebert setzen wir das Wort aus dem alten Douglaslied entgegen:

Wer die Heimat liebt wie du,  
Kann kein Verräter sein.

Unser Freund Ebert war ein Patriot im edelsten Sinne des Wortes. Aber wenn seine Haltung während des Krieges auch in Arbeiterkreisen noch hart umstritten wird, dann müssen wir darauf verweisen, daß sein Patriotismus nichts mit jener eckigen Krankheit zu tun hatte, die Heinrich Heine den „Patriotismus mit allen seinen Geschwüren“ nannte.

Eberts Patriotismus wollte den Zusammenbruch Deutschlands, der zugleich eine Katastrophe für die Arbeiterklasse und ihre Bewegung bedeutete, verhindern. Dies fürchterliche Unglück von uns abzuwenden, diente auch das staatsmännische Wollen Eberts, als er, der Blut von unserem Blut und Fleisch von unserem Fleisch war, der erste Mann und in Wahrheit der erste Diener des deutschen Volkes wurde. Den Zusammenbruch abzuwenden, hat Ebert schon als Volksbeauftragter die parlamentarischen Söhne und Töchter des Chaos betämpft, und mögen ihm heute Verbrechen aller

Schattierungen ihre stereotypen Beschimpfungen ins Grab nachsenden: er hat im wohlverstandenen Interesse Deutschlands und der deutschen Arbeiterklasse gehandelt und wir, seine Mitarbeiter, sind bereit, Deutschland nach wie vor gegen Anschläge von links und rechts zu schützen. Von den maßlosen Beschimpfungen, die aus der bolschewistischen Dreckgasse gegen den auf der Totenbahre liegenden Reichspräsidenten geschleudert wurden, nehmen wir den Teil, der den Mitarbeitern und Anhängern Eberts gilt, auf uns. Aber so wenig der Tote durch die sinnlosen Hahastrühe der wilden Männer und Frauen, die sich für revolutionär halten und doch nur ein ohnmächtiges Häuflein Unglück sind, getroffen werden konnte, so kalt läßt uns und alle, die Ebert und seine Politik kühten, der bolschewistische Wortgrimm. Manches hat der Reichspräsident bedenken müssen, was sich mit seiner sozialistischen Anschauung nicht vertrug, manches aber haben auch die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften gebekkt, das ihnen in tiefster Seele widerstrebt. Für uns alle gilt das Wort unseres großen Mitmeisters, daß wir unsere Gesichter machen nicht nach freiem Ermessen, sondern unter dem Druck der Sünden vergangener Generationen. Die Früchte dieser Sünden sind die Kriegssorgen, sind vor allem die Verfallener Friedensbedingungen und wer Eberts Taten und Handlungen nach dem November 1918 mit rein theoretischem sozialistischem Maß messen will, der lebt im luftleeren Raum und konzentriert sich die Menschen und Verhältnisse, wie er sie für den sozialistischen Zukunftsstaat braucht, die wir aber in Wirklichkeit heute weniger haben als vor dem Kriege. Genosse Ebert hat sich keine Sporen nicht umsonst in der Gewerkschaftsbewegung verdient. Er stand zu fest auf dem Boden der Wirklichkeit, als daß er an einen Scheinerfolg, der unter den heutigen Verhältnissen an der kapitalistischen Umwelt — wie Rußland beweist — doch wieder verlorengehen mußte, auch nur einen Tropfen Arbeiterblut setzte. Das dankt ihm die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse.

Fritz Ebert war ein Mensch wie wir alle und wir dienen seinem Andenken schlecht, wollten wir ihn menschlicher Fehler und Irrtümer freisprechen. Aber selbst in seinen Fehlern war er noch der lebenswerte Mensch, denn nicht einen beging er, der nicht erkennen ließ, daß nur die heißeste Liebe zum Volk, zur Arbeiterklasse die Triebfeder seiner Handlung war. Deshalb nehmt alles nur in allem:

Er war ein Mann,

ihr werdet selten seinesgleichen sehen. Der Schmutz, der von links und rechts gegen sein Bild anrollt, neigt ihm nicht die Stiefelsohlen. Unvergänglich wird jedem wirklichen Proletarier und Republikaner sein Andenken sein. Denn

Was wir bergen in den Särgen  
Ist das Erdenkleid,  
Was wir lieben ist geblieben,  
Bleibt in Ewigkeit.

Wir können dem toten Volksfreund nicht besser danken, als daß wir in seinem Sinne arbeiten: zum Wohle der Arbeiterklasse, zur Festigung der deutschen Republik.

### Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 14, 15 und 16 der Bundes-  
satzung berufen wir den

### 12. Bundestag

auf den

16. August 1925 und folgende Tage

nach München,

Lonhalla, Türkenstraße 5, ein.

Als Tagesordnung wird in Vorschlag gebracht:

1. Berichte:

- a) Geschäfts- und Rassenbericht des Bundesvorstandes.
- b) Bericht der Revisionskommission.
- c) Bericht des Bundesausschusses.
- d) Bericht über die Presse.
- e) Bericht über die fakultative Haftpflicht- und Rechtshilfsunterstützung.

2. Das neue Arbeitsrecht.

3. Wirtschaftsentwicklung und Wirtschafts-  
demokratie.

4. Moderne Verkehrsprobleme.

5. Anträge.

6. Wahl des Bundesvorstandes und Beschluß-  
fassung über Ort und Zeit des nächsten Bun-  
destages.

Anträge zum Bundestag sind unter Beachtung  
der Bestimmungen des § 15, Absatz 2 der Satzung  
bis spätestens 30. M a i d. J. an den Bundesvor-  
stand einzusenden. Die Bekanntgabe der recht-  
zeitig eingegangenen Anträge erfolgt spätestens  
am 27. Juni d. J.

Die Wahlkreiseinteilung wird spätestens am  
2. M a i d. J. bekanntgegeben.

Wir ersuchen die Bundesmitgliedschaften, zum  
Bundestage Stellung zu nehmen und etw. An-  
träge rechtzeitig an uns einzusenden.

Der Bundesvorstand.  
Oswald Schumann.

## Zur Reichspräsidentenwahl.

Wir Sozialdemokraten sind Republikaner  
von Geburt, Republikaner mit unserm ganzen  
Denken und Fühlen. Unsere Weltanschauung  
läßt der Monarchie nur Raum in der zur  
Geschichte gemordeten Vergangenheit, nie  
mehr in der Gegenwart, nie mehr in der Zu-  
kunft. „Hamburger Echo“.

Am 29. März schon sollen die deutschen wahlberech-  
tigten Staatsbürger den Nachfolger unseres Genossen  
Ebert wählen. Ebert — das Gedanken dieses Mannes,  
sein Name schon sagt uns, was wir am 29. März zu tun  
haben. In allen Ecken von links und rechts stand  
der Sozialdemokrat Ebert fest und treu zur Republik.  
Ein solcher unerlöschlicher Republikaner kann und darf  
n u r durch einen eben so überzeugten Repu b l i-  
k a n e r abgelöst werden.

Wir leben noch lange nicht in einer durch Tradition  
und Erziehung gefestigten Republik. Die heute wahl-  
berechtigte Jugend — und nicht nur sie — ist unter der  
„ruhrenden“ schwarzrotblutigen Hohenzollernherrschaft  
geworden. Das politische Eruudimentum wurde als er-  
strebenswertes Ziel staatsbürgerlicher Gesinnung ge-  
priesen und es gibt Spielbürger beiderlei Geschlechts,  
die nicht nur noch immer die monarchistischen Eierhäuter,  
sondern ganze Kalkberge mitschleppen. Die Tradition toter  
Geschlechter und ihre Bekehr von der Unübertrittlichkeit der  
Monarchie lastet noch auf Millionen. Selbst unter den  
„Republikanern“ aus „Bernunft“ — das sind Leute,  
die politische Hinterhältigkeit unter der Bezeichnung „Bernunft“  
marxistisch machen wollen — wie z. B. unsere  
„republikanischen“ Minister e tutti quanti, verbergen sich  
meistens strenge Monarchisten, die in einem Reichsprä-  
sidenten nur die Gesellwächter für die hämorroidalen  
irgendwem kaiserlichen Majestäten sehen. Diese „Republi-  
kaner“ sind gefährlicher als die offenen Monarchisten,  
die dumm in ihrer Wehrheißigkeit für die schlauerem  
eine gute Kullisse bilden. Aber auch die beste Kullisse  
verschleißt und heute müssen wir, daß es unendlich viele  
„Republikaner“ gibt, die sich öffentlich für die Republik  
erklären, weil auf absehbarer Zeit in Deutschland jede  
andere als die republikanische Regierungsform das  
Signal für die Zerrümmung der Reichseinheit mit  
ihren verberbtlichen wirtschaftlichen Folgen wäre. Nach-  
dem hier diese Einsicht gewonnen, haben die klugen Leute  
der Situation Rechnung getragen, ohne ihr Ziel aus dem  
Auge zu verlieren. Routen sie die politische Form nicht  
ändern, so wollten sie ihr doch einen monarchistischen In-  
halt geben. Sie begannen mit dem, was ihrem Geld-  
beutel am nächsten liegt — mit der Wirtschaft.

Der Siegeszug der Großverdiener hat durch die Sta-  
bilisierung eine Stodung erleidet. Die gegen die Arbeiter  
auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet errungenen Er-  
folge sollen aber nicht nur gegen den berechtigten Un-  
willen der Betroffenen gefaßt, sondern nach Möglichkeit  
erweitert werden. Durch den rein wirtschaftlichen Kampf  
ist das für die Reaktionäre heute nur noch selten und  
dann nur zu einem Preise zu erreichen, der alle Vorteile  
für einige Jahre vorweg aufwirft. Deshalb heißt es jetzt,  
politisch Boden zu gewinnen. Sie spindeln die Wahl-  
listen der reaktionären Parteien, nachdem ihnen diese aus  
den Mitteln der Allgemeinheit dazu einige 700 Mil-  
lionen überließert hatten. Deshalb die bei den Stres-  
semännern ganz ungewöhnliche Fähigkeit, die Arbeiter-  
partei aus der Reichsregierung auszuschleiden und die  
Bund- und Eisenpartei, die zum Kernschmelzliegend  
strengmonarchistischen und brotwerfenden „Deutschnatio-  
nalern“ in die Regierung der Deutschen Republik hinein-  
zubringen. Deshalb das bis zur Selbstentwürdigung  
gehende Streben dieser „Deutschnationalen“, unter allen  
Umständen den Fuß am Mal zu halten und dafür jede  
„Entwürdigung“ Deutschlands (NAMES, Siam!) zu  
schließen, ihren Aufwertungswählern ins Gesicht zu spuden,  
die Republik „anzuerkennen“ (die gar nicht danach ver-  
langte), und schließlich zu verbrennen, was sie gestern noch  
hoch und heilig hielten.

Um Einfluss und Macht in der Deutschen  
Republik zu gewinnen, ist den wirtschaft-  
lichen und politischen Reaktionären jedes  
Mittel recht und keines zu schlecht.

Der Ruchhandel um den Mann, der an Eberts Stelle  
treten soll, ist dafür ein Uebelkeit erregender Beweis:  
Man sucht im arbeitfeindlichen Lager nicht den besten  
und befähigsten Mann für den Posten eines Reichs-  
präsidenten — was der zu machen hätte, das zu erledigen  
machten sich der Landbund und die Vereinigung der Ar-  
beitgeberverbände zu leisten anheißig —, den Reaktio-  
nären kommt es darauf an, einen Menschen von Gelee  
zu finden, der allen Arbeiterfeinden, Sozialen und wirt-  
schaftlichen Dunkelmännern als der ungefährlöse In-  
haber der höchsten Macht erscheint. Sie brauchen einen  
„Staatsmann“ von jener preußischen Sorte, von der Na-  
poleon sagte: wohin man schißt, sticht man in Gelee.

Weshalb ein Abfall gegen den großen Charakter Fried-  
rich Ebert, wenn an seine Stelle ein Mensch tritt, dessen  
Charakter die Charakterlosigkeit und Farbloshheit ist, der  
nur dann Mann ist, wenn es gegen die Rechte der Aus-  
gebeuteten geht, unter dessen Händen aber aus der repu-  
blikanischen Verfassung ein Feigen Papier wird.

Keiner hat soviel Interesse an der Erhaltung und  
dem demokratischen Ausbau der Republik als der Ar-  
beiter, Angestellte und Beamte. Ihr Existenzstump be-  
dingt Ethogenfreiheit und die ist ihnen unter keiner  
Staatsform so gut gewahrt als in der Republik. Aus  
diesem Grunde sind die Ruchhändler fremder Arbeit auch  
fast reißend Monarchisten. Aber uns genügt nicht die Re-  
publik schlechtweg, wir wollen keine Antitappe, an der sich  
die „Bernunftrepublikaner“ genügen — wir wollen die  
soziale Republik. Wir wollen nicht zurück in ein  
Reich der Hundedemut und Schweißwedel vor der Uni-  
form oder dem Gelblad, wir wollen nicht zurück in ein  
Reich der Untertanenrechtshaft, wir wollen nicht zurück  
in ein Reich, das von der demokratischen Republik nur das  
Ausgangsgeschild, den Inhalt aber von der Mon-  
archie hat. Ein energischer und tatkräftiger Reichsprä-  
sident ist ein Unkippstein unabhäufiger Größe. Deshalb  
wollen wir einen Reichspräsidenten, der wie Ebert auch  
in den schwersten Stunden treu zur sozialem Repu-  
blik steht, der ein B e i s p i e l ist, an dem sich das brandende  
Meer der Republikbreiten bricht, der offenen und verkappten  
Monarchisten bricht. Die Sozialdemokratische Partei hat  
dem deutschen Volk einen solchen Mann als Präsidenten  
vorge schlagen.

### Es ist Otto Braun.

Otto Braun ist mehrere Jahre Minister und Minister-  
präsident in Preußen gewesen. Seiner Energie vor allem  
gelang es, Preußen verhältnismäßig ruhig durch die  
letzten drei unruhigen Jahre zu bringen. Gegen links  
und rechts hat er sich als der unbeirrbar Sozialdemokrat  
und Republikaner erwiesen, dessen Staatsflugel selbst  
bürgerliche Blätter rühmend anerkennen mußten. Soweit  
seine Machtmittel reichten, hat er die Sabotage an der  
Republik gebrochen. Wenn je ein großer Vorgänger  
einen guten Nachfolger fand, dann Ebert in dem Genossen  
Otto Braun, wenn die Wähler sozial politisches Denken  
aufbringen, die Mehrheit der Stimmen auf ihn zu verein-  
igen. Vor allem hat jeder Werttätige die Pflicht,  
seine Stimme am 29. März Otto Braun zu geben und  
unabhängig für ihn zu wirken. Denn unser ist die  
Deutsche Republik, wir haben die Bausteine der zusammen-  
gebrochenen Monarchie behauert und durch unser Blut,  
unsern Tränen sind sie zur Republik gefügt. Deshalb gilt  
es, die Republik und unseren Anspruch auf ihren ersten  
Posten mit allen Mitteln zu verteidigen.

Wie auch die Kandidaten der übrigen Parteien  
heißen mögen —

## Der Mann der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Mann aller echten Republikaner, der Mann aller Friedens- und Freiheitsfreunde ist Otto Braun.

Als sich 1848/49 die deutschen Patrioten nicht einig  
werden konnten, wenn die Kaiserkrone gebühre, wurde  
ernsthaft erwogen, ob man die Anwärter nicht um den  
Titel Deutscher Kaiser w ü r f e n lassen könne. Begnügt  
mußt der Ruchhandel um den bürgerlichen Sammeltand-

daten für den Präsidentenstih an. Immer wenn die dienft-  
eifrige Journaille glaubte, einen zu haben, dem sie alle  
menschlichen Tugenden andichten durfte, tauchte plötzlich ein  
noch Zugenreicherer auf. Schließlich erschien Herr Jarres  
als der „beste von allen“. Aber die Loblieder auf  
Jarres verblümmen plötzlich. Der „beste“ wurde über-  
schattet von Herrn Reichswahlminister Gehler — dem De-  
mokraten noch und noch“. Aber auch Herr Gehler war  
noch nicht der „würdigste Deutsche“: Gehler war zwar  
„besser“ als der „beste“ Jarres, aber Jarres war wieder  
besser als der „bessere“ Gehler. Bisher schwer? Ja,  
das ist auch nur etwas für Kenner. Jedenfalls:  
Jarres kandidiert für die deutsche Reaktion. Er,  
der Rhein und Ruhr verlassen lassen wollte, er,  
der gegen Sachsen maršierten ließ, aber vor den  
bayerischen Hofverrättern Krahfüße machte, er ist  
der Kandidat der Schwerindustrie, er ist der Kandidat der  
Deutschnationalen, die bei der letzten Reichstagswahl mit  
den rheinischen Separatisten ein Wahlbündnis ab-  
schlossen. Der Kandidat solcher Parteien ist nicht der  
Kandidat der Republikaner. Die Demokraten stellen  
Dr. Heppach auf, das Zentrum Dr. Harig. Die russische  
Regierung präsentiert den ehemaligen Verkehrsminister,  
Herrn Thälmann. Der Kandidat der Arbeiter,  
Angestellten und Beamten, der Kandidat  
aller ernsthaftesten Republikaner ist

Otto Braun.

### „Steuerreform.“

Schöne Worte finden zivilisierte Leute aus dem  
Zeitalter des Radio und des Motors für ihre Opfer  
immer. Als die Regierung der Schlieben und Schiele  
eine Steuerreform angekündigt, schaffte sich in das Netz so  
manches Verbitterten ein Strahl der Hoffnung auf Ver-  
änderung der fürchterlichen Lasten, auf gerechte Verteilung  
der Steuerlast. Lange währte das nicht, denn jeder  
Wensch, der auf der Raschheit des Lebens wandelt, weiß,  
daß auf Distanz keine Rosen blühen, und daß der Prolet,  
in jeder Fassung und Fajson, allen schenkenden „Deutsch-  
nationalen“ mit Mißtrauen begegnen muß. In Wirklich-  
keit ist für Schlieben und Rumpke das Wörtchen „Reform“  
nichts als eine euphemistische Zusammenfassung der anti-  
proletarischen Formel: Um „Kapital zu bilden“, muß der  
arme Steuerzahler belastet, der reiche Steuerhinterzieher  
entlastet werden.

Herr Schlieben klagt über die verlorengegangene  
Steuerkraft der Besitzenden (die u. E. noch niemals eine  
hatten), aber anstatt ihnen ein Licht anzuzünden, daß sie  
die „Moral“ wiederfinden, tut Herr Schlieben so, als  
glaube er daran, die reichen Leute durch Minderung des  
Steuerdrucks wieder zu moralischen Staatsbürgern machen  
zu können. Daneben muß „Kapital gebildet“ werden,  
denn die deutschen Unternehmen haben fürchterlich ge-  
litten. Zwar lachen darüber die Führer, doch die „Be-  
gründung“ klingt wissenschaftlich und es gibt wohl gar  
Leute, die glauben, bei solchen weisen Worten müsse sich  
auch etwas denken lassen. Wie „schlecht“ es den kapital-  
armen Betrieben geht, beweist der Proletekt Thyllen, in  
dem er den Amerikanern, von denen er eine Anleihe  
wünscht, erzählt, daß sein Vermögen durch Krieg, Re-  
paration und Ruhestörung von 200 auf 500 Millionen  
Mark gesunken ist. Regt man das Maß des ameri-  
kanischen Herstellungsvermögens an seine Werte, dann sind  
sie sogar fast das Doppelte wert. Das gesamte Ruhr-  
kapital hat sich in den letzten 10 Jahren um 40 Prozent  
erhöht — ist es da nicht notwendig, daß alle Westküern  
teilweise bis zu 50 Prozent abgebaut werden?

Du dumme Arbeiter wirst es kaum begreifen, aber  
Leute wie Schlieben können das wundervoll begründen.

Im übrigen: Herr Schlieben weiß, wo den Arbeitern  
der Schuh drückt. Zwar weigert er sich, dem sozialdemo-  
kratischen Antrag zu entsprechen und den steuerfreien  
Teil des Lohns auf 120 Mk. im Monat zu erhöhen —  
soviel dürfen nur reiche Leute von der zu versteuernden  
Summe abziehen — aber mer mehr als drei Kinder gar  
für den ermäßigt sich der Steuerabzug für das 4., 5. usw.  
Kind anstatt um 1 Prozent um je 2 Prozent. Wer klug  
ist, lege sich sechs Kinder zu, dann dürfte er ganz steuer-  
frei bleiben. Jeder ist seines Glückes Schmied, grenien  
die Verfallzer der „Steuerreform.“

Wer sich mit 4 Kindern begnügt, braucht in Zu-  
kunft jede Woche 15 oder 20 Mkg. weniger Steuer zu  
zahlen. Er könnte sich also vielleicht ein Glas Bier oder  
eine Zigarre dafür kaufen — wenn nicht die Steuer-  
reformer das Geld, das sie den Reichen schenken, durch  
eine höhere Bier- und Tabaksteuer wieder hereinbringen  
müßten. Um seine Mut zu kühlen, trinkt unser Freund  
ein Glas Wasser. Wie unvorsichtig: Die Gemeinden  
müssen in Zukunft für ihre Wasser-, Gas- und Elektri-  
zitätswerke Steuern zahlen und diese Steuern zahlt der  
Arbeiter mit seinem Glas Wasser. In seiner Verzweiflung  
greift unser Arbeiter zum Reichsmonopolshnaps und  
da ist er richtig am Ort: Gift für die Proleten darf nicht  
dosiert werden und so bleibt auch der Monopolbrannt-  
wein steuerfrei. Und unser Freund wird recht hüufig zu  
diesem Betäubungsmittel greifen, denn die Gemeinden  
sollen ab 1926 wieder das Recht bekommen, Zuschläge  
zur Einkommensteuer zu erheben. Das wird ein lustiges  
Sterben, denn daneben bleibt uns die teure Umsatzsteuer  
erhalten und die Zölle auf Brot, Fleisch, Kartoffeln, Ge-  
müse, auf alles, was Geld in die Kassen der edlen Pa-  
trioten scheffelt, stehen uns bevor. Der alte, ehrliche  
Börne ist überumpelt, er glaubte ein Finanzminister  
gleichem dem Schwamm, der den Schweiß des arbeitsamen  
Bürgers aufsaugt — Herr Schlieben will darüber hinaus  
Tränen und Blut der Armen und Vermissten aussaugen.

Arbeiter, ipanne die Kräfte: es ist Unheil im An-  
zuge. Wer gaudert und jögert, kommt unter die Räder  
des mordenden Dösgagnahnt.

Organisiert euch! In unseren Reihen ist euer Platz.



# Bundesmitglieder!

**Die Betriebsrätewahlen sind jetzt durchzuführen! Jede nach dem BRS. dazu berechnigte Belegschaft muß ihre Betriebsvertretung wählen! Ausreden gelten nicht! Deshalb an die Arbeit! Stellt nur gewerkschaftliche Vorschlagslisten auf! Weist es von Euch, auf kommunistischen Gegenlisten, die nur der Zersplitterung dienen, zu kandidieren! Führt die Wahl durch! Sorgt dafür, daß das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben erhalten bleibt! Stimmt geschlossen für die freigewerkschaftlichen Listen!**

## Bundesübersicht.

**Strassenbahner.** In den monatelangen Kämpfen um die Verkürzung der Arbeitszeit für die hannoverschen Strassenbahner sind wir Sieger geblieben. Der Ortsverwaltung Hannover ging ein Schreiben des Regierungspräsidenten zu, nach dem für alle im obenannten Betriebe beschäftigten Personen die tägliche Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden herabgesetzt wird. Bei gegebener Gelegenheit wird der hannoversche Strassenbahn N.G. auch diese eine über den Nachmittags hinausgehende Arbeitsstunde noch abgerungen werden.

Am 20. Februar tagte in Heidelberg eine Strassenbahner-Konferenz, die aus Baden und Württemberg sehr stark besucht war und sich mit den gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigte. Die Konferenz forderte:

1. Die Wiebereinführung der tatsächlichen Arbeitszeit von 8 Stunden bzw. eine Monatsdienzeit von 208 Stunden einschließlich Vorbereitungs- und Abschluagszeit.
2. Soweit das Personal noch im Arbeiterverhältnis ist, Vederführung desselben ins Angestellten- bzw. Beamtenverhältnis.
3. Befolgung des Personal nach Gruppe IV und V, des Tarifrechts nach Gruppe VI und VII der A.B.D. Die Löhne der Arbeiter sind entsprechend herabzusetzen.
4. Aufgehobens- und Hinterlassenenversorgung für alle Bediensteten nach den Grundfügen kommunaler Bestimmungen.
5. Eine Wagenführerzulage von monatlich 10 M. bzw. jährlich 120 M. und für den Schaffner eine Zulagen-Erhöhung von monatlich 5 M. bzw. jährlich 60 M.
6. Ertierung freier Dienst- und Arbeitskleidung an das gesamte Personal.

Die Konferenz ermittelte, daß der DVB, Abteilung Strassen- und Kleinbahn, alle Mittel daranzusetzt, um diese Forderungen durchzusetzen; versandt aber auch, daß sich das gesamte Personal der Strassenbahner Deutschlands im Deutschen Verkehrsband organisiert, weil sie der Meinung ist, daß die jetzt bestehenden schädlichen Verhältnisse auf die organisatorische Zersplitterung der Strassenbahner zurückzuführen sind.

**Telegraphenpersonal.** Am 17. März beginnen im Reichspostministerium die Verhandlungen über die von unserer Organisation einereichten und vertretenen Forderungen der Postarbeiter.

Den wiederholt geäußerten Wünschen unserer Kollegen entgegenkommend, wird der Deutsche Verkehrsband Lehrbriefe herausgeben, die, von berühmten Fachleuten verfaßt, den Kollegen Gelegenheit bieten, ihre Berufsausbildung in einwandfreier Weise zu fördern. Das Unterrichtswert soll „ganze Arbeit“ machen, d. h. von vornherein ein umfangreiches gründliches Wissen vermitteln, das als Grundlage auch für die späteren Prüfungen dienen kann. Die Lehrbriefe werden so gehalten, daß sie sowohl zum Selbststudium wie auch als Anhalt für den Unterricht verwendbar sind. Mit diesem Unternehmen beweist die Organisation, daß sie ihre Mitglieder auf allen Gebieten des menschlichen Lebens fördern will.

**Winnenschiefer.** Mitte Februar tagte in Duisburg die Generalversammlung der Mittelschiffahrt, die mit dem 25jährigen Gründungsjubiläum der Winnenenschieferorganisation auf dem Rhein verbunden war. Der Geschäftsbericht erstreckte sich über drei Jahre, da die für 1923 vorbereitete Jahreskonferenz wegen des Einmarches fremden Militärs ins Augegehehen nicht stattfinden konnte. Die Ruhrbesetzung und ihre Folgen waren für die Mittelschiffahrt besonders verhängnisvoll. In der westdeutschen Winnenenschieferfahrt waren in den schwersten Zeitenmonaten 9000 der sonst Beschäftigten erwerbslos. Den reaktionären Unternehmern war diese Situation Hochkonjunktur. Der Wiedereinkauf der Organisation hat gewaltige Anstrengungen gekostet, die samt der Treue unserer alten Kollegen nicht vergeßlich waren. Die zahlreichen Lohnbewegungen waren von Erfolg gekrönt. In einer ganzen Reihe von Betrieben konnte die absolute achtstündige Arbeitszeit wieder durchgesetzt und durch Tarifverträge für 1 bis 2 Jahre gesichert werden. Die Körpergefitigkeit für Erwerbslose und Ruhrampf-Geschädigte durch die Organisation ist eriolreich gewesen und wird es weiter sein. In einer Entschließung wird zum Ausdruck gebracht, daß die Organisation ihre ganze Kraft der Tendenz der Unternehmern, die durch die Ruhraktion verursachte Schwächung der Gewerkschaften auszunutzen, entgegenstellen und die Tarifverträge zur gegebenen Zeit kündigen wird, und daß ferner der DVB. sich erneut für die sozialpolitischen Forderungen der Winnenenschiefer einsetzt, da von der Gesetzgebung in dieser Hinsicht nichts zu erwarten ist. Die Organisation wird ihre Kämpfe für die Ruhrampf-Geschädigten fortsetzen. Ein Vertrauensantrag für die Leitung fand einstimmige Annahme.

## Literatur.

Alle Bücher hier angezeigten sind in unserer Buchhandlung zu haben. Bestellungen sind bei der Ortsverwaltung auszugeben.  
**„Gelenkschart“**, Zeitchrift für gesundheitliche Lebensführung des Berufsständigen Volkses. (Verlagsgesellschaft deutscher Architekten, Berlin S.B. 19. Bezugspreis jährlich 1,20 Mark).  
 Diese neue Zeitchrift, die am ersten eines jeden Monats in einer Auflage von bereits 100.000 Exemplaren und einem Umfang von 8 Seiten erscheint, bewußt Mitarbeit an der Wiederaufrichtung der Volksgesundheit durch Verbreitung der Lehren von der gelundseligsten Lebensführung in den beruflichen Volksgeschichten und deren Belehrung in Wort und Bild über den Weisen und Weiten der auf Besserung der Volksgesundheit und damit der Volkswirtschaft abzielenden Einrichtungen, insbesondere der Sozialversicherung.  
 Die neue Zeitchrift vermittelt an den einzelnen die wissenschaftlich gesicherten Antworten auf die Frage: „Was soll ich tun, daß ich gesund bleibe?“ Sie weist hin auf die vielen Kleinigkeiten, aus denen sich die

hygienische Lebensführung zusammensetzt. Sie eignet sich vorzüglich, alles auf diesem Gebiete Wissenswertes in leichtverständlicher Form bis tief in alle Volksschichten hineintragen. Dadurch heißt sie, einen größeren Teil des Volksganges mit den Grundfügen gesundheitslich einzuwandeln Lebensführung bekanntzumachen, den Kulturstand weiter vorzutreiben zu helfen und zu heben, die Erziehungsbüchlein zu verbessern und so den Volkswohlstand zu fördern. Der auflaufend niedrige Bezugspreis gibt jedermann die Möglichkeit, Abonnement dieser Zeitschrift zu werden.

Der Internationale Gewerkschaftsbund beschäftigt, alle Vierteljahr eine Broschüre über die Gewerkschaftsbewegung der einzelnen Länder herauszugeben. Als erstes Heft erscheint eine Darstellung über Belgien, dann soll Deutschland, England, Schweden usw. folgen. Der Preis dieses Heftes soll 1 Mk. betragen. Da die Herausgabe der Heft unter Verantwortung der in Betracht kommenden Landeszentrale erfolgt, wird es sich um ein sicheres und zuverlässiges Material handeln.  
 Bestellungen auf diese Hefte sind in unserer Buchhandlung auszugeben.

## Schimpfen und Kritiken.

Wenn dir etwas nicht gefällt, Sage offen deine Meinung. Was du hörst, ist oft entseht, Und Entstellung ist Verneinung. Kennst du eine Sache schlecht, Trachte, sie erst zu erkennen, Weibe sachlich und gerecht, Sonst kann Janz und Streit entbrennen. Prüfe, was das Für und Wider spricht, Doch schimpfe nicht!

Stehst etwas fertig auf dem Plan, Kommt auch der Mann, der es belittelt, Doch gibt er nie das Mittel an, Wie man was Besseres ermittelte. Es ist so leicht, des Strudels Schlund Von hoher Brücke zu beschauen, Doch schwer, auf strudelreichem Grund Das Brückenfundament zu bauen. Wisse: frei vom Schatten ist kein Licht. Drum kritike nicht!

Victor Kalinowski.

## Bekanntmachungen des Bundesvorstandes.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 17, Ziffer a und b der Bundesfassung:  
 In Genzhin: Richard Ahtenow, Opt.-Nr. 1892 103.  
 In Hamburg: Heinrich Witzner, Opt.-Nr. 1025 406.

Der Vorstand.

J. A. Oswald Schumann, Berlin S.O. 16, Michaelstr. 11.

## Genossenschaftsarbeiter.

Uns wird mitgeteilt, daß einige Genossenschaftsleitungen versucht haben, mit örtlichen Verwaltungen unseres Bundes eine Vereinbarung zu treffen, um die bisherige Arbeitszeit gegen eine Lohnzulage zu verlängern.

Das ist unzulässig!

Der Reichsrahmentarif hat noch Gültigkeit bis zum 31. Juli d. J. Bis dahin gilt die tariflich oder durch Sonderabkommen festgelegte kürzere Arbeitszeit.

Irgendwelche Vereinbarungen zwischen Genossenschaften und unseren Verwaltungen, die gegenüber dem noch geltenden Manteltarif oder den zu diesem getätigten Sonderabkommen Verschlechterungen bedeuten, erkennen wir nicht an.

Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat sich verpflichtet, uns rechtzeitig eine neue Vorlage zu einem neuen Reichsmanteltarif zustellen.

Nach Eingang dieser Vorlage wird der Bundesvorstand sofort zu derselben Stellung nehmen und je nach der Sachlage befinden, ob in zentrale Verhandlungen eingetreten werden kann oder ob eine Konferenz der Genossenschaftsarbeiter einberufen werden muß.

Wir ersuchen deshalb dringend, ohne unser Wissen und unsere Zustimmung in keinerlei Sonderverhandlungen mit den örtlichen Genossenschaften einzutreten. Von irgendwelchen Versuchen der Konsumvereine, noch während der Dauer der Vereinbarungen Sonderabmachungen zu treffen, muß uns sofort Mitteilung gemacht werden.

Der Bundesvorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Andow, Berlin S.O. Verlagsanalt „Conter“, G. m. b. H. Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 38-39.

kommen. Die Verwaltung hat natürlich wieder einmal kein Geld, wahrscheinlich hat der sogenannte Korruptionsskandals zu viel getroffen. Im Reichstag hat sich unser Kollege Schumann der darübenden Eisenbahner angenommen und im Verkehrsaußenstand des Reichstags vertrat die Kollegen Bender und Schumann die Interessen der Eisenbahner mit allem Nachdruck. Auf ihr Drängen erklärte sich endlich das Reichsarbeitsministerium bereit, einzugreifen.

Ob sich der allgemeine Eisenbahnerstreik noch abwenden läßt, angeht die öffentlichen Verschnuppungspolitit und der prolozierenden Brüstierung, ist fraglich. Schuld an dem Unglück tragen dann die Schwerindustrie, die in der Verwaltung der Eisenbahnen sitzen und denen es lieber ist, die Eisenbahner streiken sich tot, als daß ihr Erfolg einjorn für die Industriearbeiter wird. Wir wünschen jedenfalls unsere Brüdern den besten Erfolg und sind bereit, wenn es sein muß, es nicht nur bei platonischen Wünschen bewenden zu lassen.

**Mißbrauch der Gewerkschaftsorganisationen zum Warenhandel.** Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund erläßt in Nr. 2 seiner „Bundesmitteilungen“ folgende Mahnung:

Wiederholt bekamen wir in letzter Zeit von einigen Ortsausschüssen die Mitteilung, daß in ihren Bezirken Reisende aufgetaucht sind, die mit Hilfe besonderer gewerkschaftlicher Empfehlung in den Kreisen der Gewerkschaftsmittler Bücher, Tee, Textilwaren und andere Dinge zu vertreiben suchten. Diese Empfehlungen waren durch Stempel und Unterschriften von Ortsausschüssen und örtlichen Verbandsleitungen beglaubigt. Die Verbandsleiter klagen in ihren Zuschriften darüber, daß sich bei Prüfung der gefertigten Waren ergab, daß die Verpackung nicht den bei Aufgabe der Bestellung vorgelegten Mustern entsprachen habe. Trotzdem wurde bei einem Verlust des Rücktritts vom Kaufvertrag von der liefernden Firma mit gerichtlichen Maßnahmen gedroht.

Diese Vorgänge geben uns Veranlassung, den Ortsausschüssen dringend nahezu legen, derartige Ausweise oder Empfehlungen in keinem Fall auszustellen. Auch die Zugehörigkeit des Reisenden zu einer gewerkschaftlichen Organisation darf daran nichts ändern, denn in allen Fällen handelt es sich doch immer nur um die Förderung der Interessen kapitalistischer Privatunternehmer. Sorgen wir für den Ausbau der Konsumgenossenschaften zur höchsten Leistungsfähigkeit, so leisten wir damit der gesamten Arbeiterschaft den besten Dienst.

Weiter besteht der hier richtig und scharf kritisierte Anjuz nach ir ziemlich starkem Umfange, wie ja auch der Betriebsräte-Warenhandel trotz aller gewerkschaftlichen und anderen Mahnungen zum Schaden der Arbeiter als Verbraucher wie als Lohnempfänger an manchen Stellen lustig weiterblüht.

**Das Ende der unfruchtbaren Kontroverse über Moskau oder Amsterdam** dürfte erreicht sein. Der IGB. hat den russischen Gewerkschaften den Beitritt gestattet. Darüber ist die Einheitsfrontbegeisterung der professionellen Gewerkschaftsorganisier plötzlich lurchbar abgekühlt. Sie brauchen die Parole und nicht die Einheit und deshalb lehnen sie die Einheit ab und forcieren die Parole. Wir hoffen, der IGB. geht jetzt allmählich wieder zu positiver Arbeit für die Ausgebeuteten über und überläßt die russische Frage den sportbegeisterten Engländern, die ansehend in eigenen Lande nichts mehr zu tun haben, obwohl nach der Behauptung der „Roten Fahne“ der Engländer Bromley berichtet haben soll, daß es den englischen Arbeitern bereits ebenso schlecht gehe wie den russischen.

**Konzentration.** Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten und der Reichsverband der Bankangestellten haben einen Vereinigungsvertrag abgeschlossen. Die Vereinigung beider Organisationen soll am 15. März erfolgen. Glück auf!

### 2000 Tote im Jahr!

Im Preussischen Landtag hielt der Genosse Oterroth eine wichtige Anlagerede gegen den männermordenden Kohlenkapitalismus. Er stellte fest, daß in manchen Jahren der deutsche Bergbau über 2000 Opfer fordert. Bei dem Unglück

### auf „Minister Stein“

sind 136 Bergleute aus dem Leben gerissen. Die unmittelbare Ursache dürfte nicht aufgefunden werden können. Festgestellt ist aber, daß auf der Unglückszeche ein ungeheurer Raubbau am Leben und an der Gesundheit der Bergleute getrieben worden ist. In den letzten sieben Monaten ist die Förderung um 1000 Wagen gestiegen. Dabei sind die Bergleute gezmungen, die Wagen sehr hoch zu beladen, weil sie sonst zurückgeschickt werden. Die von den hochbeladenen Wagen herabfallende Kohle wird gemahlen und wird zum gefährlichen Kohlenstaub. In den Unglücksrevieren lag überall sehr viel Kohlenstaub, stellenweise so hoch, daß die Leute bis an die Kniechen einsanken. Ohne diesen Kohlenstaub wäre es höchstwahrscheinlich niemals zu der furchtbaren Katastrophe gekommen. Deshalb darf man sagen: Auf der Zeche „Minister Stein“ sind

### 136 Opfer des profitwütligen Kapitalismus

gefallen. Dies neueste Verbrechen muß unseren Willen, die kapitalistische Ausnutzung der Arbeiter durch den Geldjad zu beenden, härter denn je machen.